

Projektbericht
November 2018



KoBra
Kooperation Brasilien



Indigene & Landrechte

Wahl von Bolsonaro

Interamerikanische Menschenrechts-
kommission auf Rundreise

Runder Tisch Brasilien 2018

Bericht von Fabian Kern

Gliederung:

- Wie konnte es zu dem Wahlsieg kommen? (S. 2)
- Was ist seit dem 1. Wahlgang passiert? (S. 6)
- Voläufiger Bericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (S. 10)
- Bericht vom Runden Tisch Brasilien (S. 13)

Von der Forderung nach kostenlosem ÖPNV zum drohenden Faschismus

Wie konnte es dazu kommen das in Brasilien ein Faschist zum Präsidenten gewählt wird?

Wenn wir uns ernsthaft mit den Ursachen für die aktuellen politischen Entwicklungen in Brasilien auseinandersetzen wollen, müssten wir eigentlich bei der Kolonialgeschichte anfangen. Allerdings wäre das nicht einmal annähernd in einem Artikel zu beschreiben, sondern würde mehrere Bücher füllen. Deshalb beschränken wir uns in diesem Artikel auf die Ereignisse seit 2013, als in Brasilien die Bewegung für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr auf die Straße ging.

Als ich 2012 für ein Praktikum nach Rio de Janeiro ging, stand das größte Land Südamerikas gut da – seit rund einem Jahrzehnt war die Arbeiterpartei mit ihren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff an der Macht. Mir wurde von stolzen Brasilianer*innen erklärt, was wir in Europa denn alles falsch machen würden. In den vier Jahren seit der Weltwirtschaftskrise waren nicht wenige Europäer*innen, insbesondere aus Spanien und Portugal, wegen der wirtschaftlichen Rezession ihrer Heimatländer in das aufstrebende Brasilien migriert.

Brasilien hatte die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 2014 sowie die Olympischen Sommerspiele 2016 ins Land geholt und präsentierte sich als „Global Player“ auch auf der Ebene der internationalen Politik. Während der Generalprobe zur Fußball-WM – dem 2013 stattfindenden Confederations-Cup – änderte sich die Situation plötzlich. Anlass waren die seit März regelmäßig stattfindenden Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV, die von der Bewegung für „kostenlosen öffentlichen Nahverkehr“ (Movimento Passe livre) angeführt wurde. Im Juni 2013 demonstrierten in verschiedenen Städten des Landes auf einmal Millionen von Menschen gegen die Milliardenausgaben für die beiden Sport-Megaevents. Sie forderten, stattdessen mehr Geld in ÖPNV, Bildung und Gesundheit zu investieren. Die Regierung reagierte mit massiver Repression und versuchte später, die Proteste in friedliche Protestierende mit berechtigten Anliegen und einer gewalttätigen Minderheit zu spalten. Gleichzeitig brach die politische Zielsetzung der Proteste mitten auf ihrem Höhepunkt um: auf einmal erschien das Mantra „Gegen Korruption“ überall auf den Demos und ein großer Teil der ursprünglich progressiven Forderungen schien auf einmal von der Rechten gekapert zu werden.

Die Zustimmungswerte der damals amtierenden Regierung um die Präsidentin Dilma Rousseff sanken und die Opposition witterte ihre Chance. Ende 2014 wurde Dilma Rousseff mit Michel Temer als ihren Vizepräsidenten zwar mit einem knappen Vorsprung in der Stichwahl als Präsidentin wieder gewählt, sah sich aber einem ultrakonservativem Kongress gegenüber, in dem ihre Partei nur 70 von 513 Sitzen erringen konnte, aber trotzdem die größte Fraktion stellte. Um regieren zu können, musste sie eine Koalition mit zahlreichen Parteien bilden. Die negative wirtschaftliche Entwicklung, die richterliche

Aufarbeitung massiver Korruptionsskandale in allen Parteien und der staatlichen Erdölgesellschaft Petrobras unterminierten bei vielen das Vertrauen in die Regierung und das politische System.

Die in den Wahlen 2014 noch unterlegene Opposition ergriff 2016 die sich ihr bietende Chance und führte ein politisch motiviertes Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin durch. Am 17. April stimmte die Abgeordnetenkammer in einer denkwürdigen Marathonsitzung für die Amtsenthebung der vom Volk gewählten Präsidentin. Der Senat schloss sich am 12. Mai dieser Entscheidung an. Am selben Tag übernahm der Vizepräsident Michel Temer kommissarisch die Amtsgeschäfte und kündigte umgehend Kürzungen, Entlassungen, Privatisierungen, eine Rentenreform und die Liberalisierung des Arbeitsmarkts an. Obwohl er bis heute nicht alle Vorhaben umsetzen konnte, fand unter seiner Regierung ein radikaler Umbau der Institutionen statt.

Nachdem die juristischen Einsprüche gegen die Amtsenthebung abgeschmettert wurden und die Proteste auf der Straße an Kraft verloren, konzentrierte sich die Arbeiterpartei darauf, den weiterhin populären Ex-Präsidenten Lula da Silva zum Kandidaten für die Wahl 2018 aufzubauen. Einige Beobachter*innen sehen in dieser Entscheidung bereits eine der Hauptursachen für den Wahlsieg von Bolsonaro am 28.10.2018. Die Kandidatur Lulas wurde letztendlich durch ein Gesetz verhindert, dass unter seiner Regierung beschlossen wurde. Dieses Gesetz schließt alle Personen, die in zweiter Instanz verurteilt wurden, von einer Kandidatur aus. Allerdings gibt es auch Stimmen, die davon ausgehen, dass nur die Popularität Lulas einen Einzug seines Vertrauensmanns Haddad in den zweiten Wahlgang ermöglicht hat. Adriano Martins von der Misereor-Beratungsinstanz CAIS beklagt beim Runden Tisch Brasilien 2018¹ den politischen Aktivismus innerhalb des Justizapparats: „Wir haben die Wahl verloren, als Lula eingesperrt und seine Kandidatur verhindert wurde. Ich weiß nicht, ob ihr das wisst, aber mehr als 1.400 Kandidaten waren in der selben juristischen Situation wie Lula. Einige von ihnen wurden gewählt und werden in Kürze ihr Mandat antreten.“

Martins fasst die Wahl wie folgt zusammen: „Ein Drittel der Wähler von Bolsonaro sind wirklich ideologische, rechte Wähler. Sie sind gegen die Quotenregelung an den Universitäten, sie sind der Meinung, dass Frauen von ihren Männern bestraft werden dürfen, etc. Ein weiteres Drittel der Wähler wollte einfach nicht für die PT stimmen. Ein weiteres Drittel hätte vielleicht Lula gewählt, aber sie wollten eigentlich eine Erneuerung. Obwohl Bolsonaro mehr als 25 Jahre im Parlament sitzt, hat er es geschafft, diese Erneuerung zu verkörpern. Wirtschaftlich schwierige Zeiten machen es immer leichter für starke Persönlichkeiten, die sich als „Retter“ stilisieren. Obwohl Brasilien seit seiner Kolonialisierung immer ein gewalttätiges Land war, hat sich die Situation – vor allem die Situation in den urbanen Peripherien – extrem verschlechtert. Die PT hat darauf mit komplizierten Vorschlägen wie einer Polizeireform reagiert – Bolsonaro macht es sich einfacher. Er unterteilt die Gesellschaft in Gut und Böse. In seiner Welt müssen einfach „die Guten“ bewaffnet werden, um sich gegen „die Bösen“ zu verteidigen. Der Vorschlag von Bolsonaro ist für alle leicht zu verstehen. Die PT und auch wir in den NGOs sprechen in einer Sprache, die die Wähler nicht erreicht. Wir sprechen eine Sprache der

1 Der komplette Mitschnitt der Eröffnungs-Veranstaltung des Runden Tisch Brasiliens auf Portugiesisch findet ihr unter: <https://www.kooperation-brasilien.org/1/00207>

Vereinten Nationen, der Menschenrechte etc. Damit erreichen wir aber die Bewohner einer Favela nicht.“

Für Martins haben nicht ihre Fehler die PT zu Fall gebracht, sondern ihre Erfolge. Die Rechte der Hausangestellten (geregelt Arbeitszeiten, 13. Monatsgehalt, etc.) sowie die Quotenregelung, die es schwarzen Jugendlichen ermöglicht zu studieren, haben starke Abwehrreaktionen in der gehobenen Mittelschicht provoziert. „Ich habe einen Freund, der nicht die PT gewählt hat, weil er durch ein Gesetz gegen häusliche Gewalt verurteilt wurde, nachdem er seiner Frau in einem Eifersuchtsanfall eine Rippe gebrochen hat. Seiner Meinung nach sollte diese Sache innerhalb der Familie geregelt werden. Er ist überzeugt, dass die PT den Frauen das Recht gegeben hat, ihre Männer zu erniedrigen. Er fühlt sich als ein Opfer der neuen Frauenrechte.“

Dieser Wahlkampf unterscheidet sich auch in der medialen Begleitung signifikant von den vorhergehenden Wahlen. In Brasilien werden den Spitzenkandidaten der Wahlkoalitionen Sendezeit im Fernsehen eingeräumt, die sich an den vorherigen Wahlergebnissen orientiert. Durch diese Regelung hatte der Kandidat der etablierten Parteien Geraldo Alckmin fast sechs Minuten für seine Wahlspots, während Bolsonaro gerade einmal acht Sekunden zur Verfügung hatte. Alckmin landete im ersten Wahlgang mit 4,76 % der Stimmen abgeschlagen auf dem vierten Platz.

Die in Präsidialsystemen wichtigen TV-Debatten insbesondere zwischen den beiden Kandidaten der Stichwahl fanden aber nicht statt, weil sich Bolsonaro von seinen Ärzten krank schreiben liess. Seit einer Messerattacke am 6. September 2018, einen Monat vor dem ersten Wahltermin, führte Bolsonaro seinen Wahlkampf ausschließlich über die sozialen Medien. Eine politische Auseinandersetzung mit dem PT-Kandidaten Haddad fand praktisch nicht statt. In einer solchen inhaltlichen Debatte wäre der ehemalige Hauptmann des Militärs dem Hochschulprofessor und ehemaligem Bürgermeister von São Paulo nach vorherrschender Meinung deutlich unterlegen gewesen.

In Brasilien wird das Internet von 80 % der Internaut*innen über das Smartphone genutzt – nicht über einen Computer. WhatsApp wird dabei nicht auf das monatliche Datenvolumen angerechnet. Wie Lana da Souza vom Colectivo Papo Reto aus dem Complexo do Alemão, Rio de Janeiro, erklärt, sind fast alle Medienportale in Brasilien mit Paywalls versehen. Es hat also auch ökonomische Gründe, warum Inhalte über WhatsApp ausserordentlich populär sind. „WhatsApp macht es den Nutzer*innen sehr einfach, Inhalte zu teilen. Dadurch erhalten sie oftmals Nachrichten von Menschen, die sie persönlich kennen, was die Glaubwürdigkeit der Nachricht untermauert. Außerdem können mit kleinen Videos, Meme² und Audio-Nachrichten auch Menschen erreicht werden, die Schwierigkeiten haben, komplexe Texte zu lesen und zu verstehen.“

Adriano Martins hebt einen weiteren Aspekt der Bolsonaro-Kampagne hervor: „In den sozialen Medien ist es sehr einfach, etwas zu sagen – schwierig ist es, gehört zu werden. In diesem Wahlkampf haben

2 <https://de.wikipedia.org/wiki/Mem>

Firmen, die eine Rentenreform vorantreiben wollen und deshalb einen Wahlsieg der PT unbedingt verhindern wollten, Online-Marketing Firmen damit beauftragt, absurde Nachrichten über die Arbeiterpartei zu verbreiten. Fake-Profile haben diffamierende Anschuldigen an Menschen geschickt, die – laut der Werbeagentur – offen sind für diese Nachrichten. Wenn ihr die bereits bestehenden Vorurteile der Menschen weiter füttert, dann erschafft ihr Monster. Die Menschen akzeptieren nur noch Nachrichten, die ihre bereits bestehende politische Position bestätigen – alles andere sind für sie Fake-News. In Deutschland habt ihr zwischen 1933 und 1945 erlebt, zu was das führen kann.“

Bolsonaro wird am 01.01.2019 sein Amt antreten. Bis dahin werden die bisherige Regierung und die größtenteils nicht mehr in ihrem Amt bestätigten Abgeordneten versuchen, kontroverse Gesetze durchzubringen. Damit soll Bolsonaro der Einstieg als neuer Präsident erleichtert werden. Aus einer wirtschaftlichen Perspektive wird die Regierung Bolsonaros viel mehr die Kontinuität der Temer-Regierung darstellen als einen Neuanfang. Was die Situation der Menschenrechte, die Zukunft der Demokratie und die angedrohte Kriminalisierung der sozialen Bewegungen angeht, bleibt es derzeit noch abzuwarten ob oder wieviele Ankündigungen aus dem Wahlkampf tatsächlich von Bolsonaro oder seinen unkontrollierbaren Wähler*innen umgesetzt werden.

* Fabian Kern arbeitet seit 2014 in der Geschäftsstelle der Kooperation Brasilien. Die KoBra vernetzt seit knapp 30 Jahren Gruppen im deutschsprachigen Raum die sich mit sozialen Bewegungen in Brasilien beschäftigen.

Und er ist noch nicht einmal Präsident ...

Eine kurze Zusammenfassung von Ereignissen seit dem ersten Wahlgang am 07. Oktober 2018.

Die Wahl von Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens ist eine ernsthafte Bedrohung für die indigenen Gemeinschaften sowie auch Quliombos und andere traditionelle Völker & Gemeinschaften.

Wie das katholische Hilfswerk MISEREOR in einer Pressemitteilung am 05. November mitteilte, wird das CIMI (Conselho Indigenista Missionário), die brasilianische Fachstelle für Indigene der dortigen Bischofskonferenz, von Anhängern Bolsonaros bedroht. Diese riefen die indigenen Frauen dazu auf, sich mit ihnen zu verbünden, weil sie ansonsten „niedergemetzelt“ würden. Schon am Abend des Wahlsiegs Bolsonaros hatten sich Großgrundbesitzer mit mehr als 40 Fahrzeugen aufgemacht und Indigene an den Grenzen von deren Territorien eingeschüchert. Dabei fielen laut CIMI (Conselho Indigenista Missionário) auch Schüsse, es gab zahlreiche Verletzte. Am Wahltag selbst wurden Indigene den Angaben zufolge überfallen, als sie auf dem Weg zur Wahlurne waren. Schon im Wahlkampf kündigte Bolsonaro an, dass unter seiner Präsidentschaft keinen Zentimeter Land an indigene oder Landbesetzer*innen verteilt werden würde. MISEREOR-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel befürchtet einen Völkermord.³

In der Nacht vom 30. auf den 31.10. wurde die Casa dos ventos in Dourados, Mato Grosso do Sul⁴ mit sieben Hakenkreuzen beschmiert. Seit einem Jahr werden sie bereits bedroht, aber seit der Wahl nimmt die Intensität deutlich zu. Eine Bewohnerin der Casa dos ventos erhielt eine Mail mit der Drohung: „Entweder ihr schließt euch bis Januar der Bolsonaro-Bewegung an oder ihr seid zum Abschuss freigegeben.“ Die Aktivist*innen fürchten sich vor einer Eskalation der Gewalt sobald die neue Regierung ihr Amt antritt.

Seit sechs Jahren macht die Casa do ventos Basisarbeit in Dourados. Ihre Hauptaktivitäten sind kulturell geprägt. Sie veranstalten Theater- und Musikworkshops, Lesungen, Vorträge, Filmvorführungen und organisieren Musikfestivals. Außerdem ist die Casa dos ventos ein Knotenpunkt für Liderancas Indigenas auf ihrem Weg von oder nach Brasilia. Sie bietet Unterkunft und Verpflegung in der Stadt für Guarani-Kaiowa auf der Durchreise.



Illustration 1: Hakenkreuze an der casa dos ventos

Schon am Wahltag des zweiten Durchgangs wurden 10 Indigene in Bororó, Dourados verletzt als eine Gruppe bewaffneter ihre Siedlung angriff und mit einem Traktor die Hütten zerstörte. Die ca. 35 Angreifer schossen mit Gummigeschossen auf die Guarani-Kaiowa und zwei Verletzten wurde mit scharfer Munition ins Bein geschossen.⁵

3 <https://www.misereor.de/presse/pressemeldungen-misereor/brasilien-attacken-auf-indigene/>

4 <https://www.facebook.com/OLugarDourados/>

5 <https://www.itaporamsnews.com.br/noticias/policial/cerca-de-10-indios-ficam-feridos-em-ataque-a-acampamento-fazendeiros-negam-autoria/52379.html?fbclid=IwAR3v19KjtuOQGj3LI-o2M85vzDVDFUW619CVRz4BORQAhyJ1k4-bdyDLBBQ>

Einen Tag darauf wurde die Schule und der Gesundheitsposten im Gebiet der Pakararu in Bem Querer de Baixo, Pernambuco in Brand gesteckt. Bereits am 13. Oktober wurde Davi Gavião aus der aldeia



Rubiácea in der Terra Indígena Governador, Maranhão von vier Schüssen niedergestreckt. Der Conselho Conselho Indigenista Missionário (Cimi) geht davon aus, dass Holzfäller hinter dem Mord stecken.⁶

Am 13. Oktober vertrieb die Militärpolizei 250 Familien von der MST-Besetzung Novo Pindaré, in der Gemeinde Pindaré Mirim, Maranhão. Die Besetzung existiert bereits seit drei Jahren und ebenso lange versuchen die Besetzer*innen auch schon das Instituto de Terras do Maranhão (ITERMA) zu einer Besichtigung zu überreden, um den Enteignungsprozess einzuleiten. Für den Tag der Räumung war endlich der Besichtigungsbesuch durch die Behörde

angekündigt. Um einem Enteignungsprozess vorzubeugen griffen 100 Polizist*innen mit Tränengas und Pfefferspray die Besetzung an und zündeten die Baracken der Bewohner*innen an.⁷

Am 7. November entschied ein Richter 450 Familien in Ariadnópolis, Campo do Meio - Minas Gerais zu vertreiben. Er verfügte eine Übergangsfrist von sieben Tagen in der die Besetzung geräumt werden sollte. Von dieser Entscheidung betroffen sind 1200 Hektar Mais, Bohnen, Maniok und Kürbissen, 40 Hektar Gemüse und 520 Hektar Kaffee, welche die 2000 Einwohner*innen des Quilombos angebaut haben. Diese Entscheidung des Richters würde zwei Dekaden Arbeit von allen, die in Ariadnópolis gelebt haben, vernichten. Es wäre allerdings auch nicht die erste Vertreibung der Bewohner*innen. Bereits fünfmal wurde die ehemalige Zuckerrohrfabrik mit ihren dazugehörigen Ländereien geräumt – jedes Mal kamen die Besetzer*innen wieder. Das MST hat Widerspruch gegen die Entscheidung des Richters eingereicht. Der Vorsitzende der Kommission für Landwirtschaft und Agrarindustrie in der gesetzgebenden Versammlung von Minas Gerais wiederholte in einer öffentlichen Ansprache mehrfach, dass es jetzt bald einen Präsidenten geben wird, der mit dieser „Bewegung der Landlosen“ aufräumen werde.⁸

Das “Centro das Industrias do Pará” veröffentlichte am 12. November eine Erklärung in der es vor “gut strukturierten und von ausländischen Regierungen unterstützten NGOs” warnt. Diese würden Unruhe stiften und den Fortschritt in Pará verhindern wollen. Angeblich riefen diese aus dem Ausland finanzierten NGOs Gruppen von Menschen dazu auf, sich als Indigene oder Quilombos zu bezeichnen, um dann in Zusammenarbeit mit den Medien eine Kampagne zu starten und damit den “wirklichen Paraenses” zu schaden. Sie befürworteten den Vorschlag des Sindicato Rural de Santarem (SIRSAN) der vorschlägt, eine Parlamentskommission einzuberufen, die endgültig feststellt, welche Ethnien auf dem Gebiet anerkannt werden und welche nicht. Wenn die Ruralistas diese Kommission einberufen wird, kann davon ausgegangen werden, dass die Liste der anerkannten Ethnien sehr kurz sein wird.

6 <https://cimi.org.br/2018/10/conjuntura-politica-acentua-violencia-contra-os-povos-indigenas-no-brasil/>

7 <http://www.mst.org.br/2018/11/13/mst-repudia-despejo-de-mais-de-200-familias-no-maranhao.html>

8 <https://www.jornaldacidadeonline.com.br/noticias/12328/deputado-encara-mst-e-ameacado-mas-nao-recua-veja-o-video>

Diese Denunziation von Nicht-Regierungsorganisationen, die sich für die Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung einsetzt, sehen wir als eine ernst zu nehmende Bedrohung für die Arbeit von allen internationalen Akteuren in Brasilien. Insbesondere die Sicherheit der Akteure vor Ort könnte bedroht sein, wenn diese als "ausländische Agenten" diffamiert werden. Diese zusätzliche Bedrohung findet im erweiterten Kontext der **Fake-News Debatte** statt. Es wird sehr schwierig sein, diesen Anschuldigungen zu begegnen, weil wir praktisch keinen Zugang zu den Empfängern dieser Nachrichten haben. Zum einen können wir sie technisch nicht erreichen, weil sich kein Hilfswerk bei den Adresssammlern im Internet brasilianische Handynummern kaufen wird, um ungewollte Nachrichten zu verschicken. Andererseits gibt es berechtigte Zweifel daran, dass wir sie mit einer Klarstellung unsererseits emotional erreichen würden. "Die Medien" werden ja bereits in dem Schreiben als Teil des Komplotts dargestellt. Damit ist jedwede Aufklärung der Denunziation durch Veröffentlichungen, sei es in Radio, TV oder Print Journalismus praktisch unmöglich.

Kuba beendet das "Programa Mais Médicos"

Am 14. November gab das Gesundheitsministerium in Kuba bekannt, sich aus dem „Programa Mais Médicos“ (PMM – Programm Mehr Ärzte) zurück zu ziehen. Grund dafür sind Ankündigungen und Drohungen des gewählten Präsidenten Jair Bolsonaro. Unter anderem hat Bolsonaro angekündigt, die Medizin-Abschlüsse von Kubaner*innen nicht mehr an zu erkennen.

Die kubanischen Ärzte und Ärztinnen waren in 3.600 Gemeinden tätig, von denen 700 zum ersten Mal eine professionelle Mediziner*innen vor Ort hatten. Durch den Rückzug Kubas werden 8500 Äzt*innen das Land verlassen und zahlreiche Gemeinden, insbesondere in ländlichen Gegenden, ihre Gesundheitsversorgung verlieren. Während den fünf Jahren des Programms konnten mehr als 113 Millionen Behandlungen durchgeführt werden. Betroffen von dem Rückzug sind unter anderem 34 spezielle Disktrikte für Indigene, die voraussichtlich ihre medizinische Versorgung verlieren werden.⁹

Gegen den Fluch der Steine – Selbstorganisation, Vernetzung und Widerstand

Die brasilianische Menschenrechtsorganisation Justiça nos Trilhos wird als erste mit dem neuen "Human Rights & Business Award" ausgezeichnet.

Der von der in London ansässigen Menschenrechtsorganisation [Business & Human Rights Resource Centre](#) künftig jährlich zu vergebende „Human Rights and Business Award“ wird am 27. November 2018 in Genf an die in Açailândia im nordostbrasilianischen Bundesstaat Maranhão ansässige Menschenrechtsorganisation Justiça nos Trilhos vergeben. Die Jury entschied sich für die Aktivist*innen aus Açailândia wegen ihres „herausragenden Einsatzes als Menschenrechtsverteidiger*innen“.

[Justiça nos Trilhos](#) arbeitet im Bundesstaat Maranhão mit unzähligen lokalen Communities zusammen, die entlang der privaten Bahnstrecke des brasilianischen Erzgiganten Vale leben, der sogenannten Estrada de Ferro Carajás, die von der weltgrößten Eisenerzlagerstätte Carajás bis zum Atlantikexporthafen São Luís reicht. Die Bewohner*innen beklagen dort seit Jahrzehnten die Mißachtung ihrer Grundrechte durch das wirtschaftlich rücksichtslose Vorgehen der Bergbaufirma Vale und der vor Ort ansässigen dreckigen Eisen- und Stahlhütten. Dagegen vernetzt Justiça nos Trilhos die

⁹ https://www.brasildefato.com.br/2018/11/14/cuba-deixa-o-mais-medicos-apos-declaracoes-ameadoras-de-bolsonaro/?fbclid=IwAR3OrTBgRSViAk251YcU1EyZ3n16Af4OTIo0Zf5PddpNPobgeFSgF_FgSdU

Bewohner*innen, organisiert Treffen und Veranstaltungen, unterstützt die Bewohner*innen bei der Selbstorganisation, gibt mit ihren Anwält*innen hilfreiche Rechtsberatung und verklagt auch schon mal im Namen der Betroffenen die verantwortlichen Firmen und den Staat. Einer der größten Erfolge von Justiça nos Trilhos ist sicherlich die gerade erst vor wenigen Tagen erfolgte Grundsteinlegung des neuen Ortes Piquiá de Baixo, da [das alte Piqua de Baixo](#), nur wenige Meter vom dreckigsten Ort in ganz Maranhão gelegen, wo die Eisen- und Stahlverhüttung ohne installierte Filter die Luft verpestet und damit die Lungen der Anwohner*innen gefährdet, umziehen musste, weg von den rußigen Hüttenwerken.

KoBra gratuliert Justiça nos Trilhos zu dem diesjährigen „Human Rights & Business Award“.¹⁰

10 Eine detaillierte Beschreibung der NGO gibt es im Buch „Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielficht“ (VSA-Verlag/Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2016) online zu lesen unter:
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Russau_Abstauben_in_Brasilien.pdf#Page=96

Vorläufiger Bericht der interamerikanischen Menschenrechtskommission der Organisation der Amerikanischen Staaten zu Brasilien

Die Comissão Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) der OEA (Organização dos Estados Americanos) war vom 05. bis zum 12. November in Brasilien unterwegs und traf sich mit verschiedensten staatlichen Organisationen, sozialen Bewegungen, Indigenen, Quilombolas und Menschenrechtsorganisationen. Der Abschlussbericht dieser Delegation wird im ersten Quartal 2019 erwartet. Allerdings wurde bereits ein vorläufiger Bericht von 47 Seiten auf der Website der OAS veröffentlicht¹¹, der an dieser Stelle zusammengefasst wird. Bei der Zusammenfassung beschränke ich mich auf die Kapitel zur Gewalt auf dem Land, Quilombos, Indigene Gemeinden, Landarbeiter*innen und Kleinbäuer*innen sowie in Teilen auf das Kapitel über Sklavenarbeit.

Die Rundreise der Delegation war die zweite dieser Art in Brasilien. Die erste Delegation besuchte Brasilien zwischen dem 27.11. und dem 09.12.1995. Damals teilte sich die Delegation in vier Gruppen auf, die verschiedene Landesteile bereiste und anschließend in Rio de Janeiro ihre Eindrücke untereinander teilten.

Die Delegation stellt fest, dass die extrem ungleiche Landverteilung die Hauptursache für zahlreiche Konflikte und Menschenrechtsverletzungen ist. Insbesondere Nachfahren afrikanischer Sklaven, Indigene Kleinbauern und Kleibäuerinnen sowie Landarbeiter*innen und Umweltschützer*innen sind davon betroffen. Mit Besorgnis nimmt die Kommission die fortschreitende Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen wahr. Die soziale Ungleichheit in Brasilien beschreibt die Kommission als endemisch und fordert eine tiefgreifende Transformation durch öffentliche Programme die zum Ziel haben die Menschenrechte durchzusetzen. Als klares Hindernis nimmt die CIDH die am 15.12.2016 beschlossene Verfassungsänderung wahr, die als „teto dos gastos“ bekannt wurde. Darin verpflichtet sich der brasilianische Staat auf eine Begrenzung seiner Ausgaben für Sozialausgaben für die nächsten 20 Jahre.

Während ihrer Rundreise wurde der Kommission von Kommunikationsmedien, NGOs und sozialen Bewegungen zugetragen, dass die Räume in der die Zivilgesellschaft ihre Forderungen formulieren und auch Menschenrechtsverletzungen anzeigen nach und nach kleiner werden.

Gewalt auf dem Land

Nach Zahlen der CPT gab es im vergangenen Jahr 28 Morde an Indigenen, Quilombolas und Landarbeiter*innen. In nur 8 % der Fälle wurde überhaupt Ermittlungen aufgenommen.

In mindestens 13 Fällen wird die Gewalt auf dem Land durch Megaprojekte provoziert, die die traditionelle Bevölkerung stark einschränken. Beim Staudamm Belo Monte klagen die Indigenen Gemeinden über zu niedrige Wasserpegel des Xingu Flusses. Durch das geplante Projekt Belo Sun wird außerdem eine Verschmutzung des Flusses sowie der Grundwasserspeicher befürchtet.

11 <https://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2018/238OPport.pdf>

Drei Jahre nach dem Dambruch von Mariana in Minas Gerais sind weder die Bestrafung der Verantwortlichen noch die Ausgleichszahlungen an die Betroffenen weiter fortgeschritten.¹²

Die Kommission weist darauf hin, dass der Staat auch den Auftrag hat, seine Bevölkerung vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen, die durch dritte, in diesem Fall oftmals private Unternehmen, verübt werden.

Quilombolas & Indigenas

Die brasilianische Verfassung garantiert eigentlich sowohl Indigenen also den Nachfahren afrikanischer Sklaven den Zugang zu von ihnen traditionell genutzten Ländereien.

Die Kommission wurde mehrfach auf die ausufernde Gewalt hingewiesen mit der die Räumungen durchgeführt werden und verweist an dieser Stelle darauf, dass der Staat auch gegenüber den Geräumten eine soziale Verantwortung hat.

Die Kommission weist die als „marco temporal“ bekannte Rechtsauffassung zurück, nach der Quilombolas und auch Indigene nachweisen müssen, zu einem historischen Zeitpunkt die beanspruchten Ländereien wirklich bewohnt und genutzt zu haben. Dieser „marco temporal“ könnte alleine 748 Prozesse der indigenen Landausweisung betreffen. Außerdem könnte der Status bereits ausgewiesener Gebiete durch diese Regelung wieder angezweifelt werden.

Die CIDH ist der Auffassung, dass diese Rechtsauffassung in klarem Widerspruch zu internationalen und interamerikanischen Menschenrechtskonventionen steht und insbesondere die Amerikanische Deklaration zu den Rechten von Indigenen Völkern verletzt.

Mit Bestürzung nahm die Kommission den Anstieg ermordeter Quilombolas von 350 % zwischen 2016 und 2017 wahr. Neben den rechtlichen Schwierigkeiten bei den Besitztiteln beklagt die Kommission außerdem die Kriminalisierung der Anführer*innen sowohl Indigener als auch von Quilombo-Gemeinschaften. Auch die medizinische Versorgung, die Bildungssituation sowie die Versorgung mit Trinkwasser und Kanalisation ist deutlich schlechter als in anderen Gemeinden Brasiliens.

Die CIDH verweist auf das Urteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs, der im Fall der Xucuru entschieden hat, dass der brasilianische Staat sofort und unmittelbar die kollektiven Rechte des Volkes garantieren muss. Außerdem wird darauf verwiesen, dass die freie, vorhergehende und informierte Konsultation der betroffenen Gemeinschaften nicht nur bei Megaprojekten notwendig ist sondern bei allen Entscheidungen der öffentlichen Hand, die die Gemeinschaften betreffen.

Die bisher unkontaktierten Indigenen sieht die Kommission als besonders bedroht an, weil diese durch Krankheiten verwundbar sind gegen die sie bisher keine Antikörper entwickeln konnten. Bedroht werden diese durch die immer weiter voranschreitende Grenze der materiellen Ausbeutung. Holzfäller und kleine Bergleute dringen immer weiter in den Wald vor und könnten die bisher Unkontaktierten

¹² <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/schlamm-drueber-kampf-um-gerechtigkeit-am-rio-doce-in-brasilien>

anstecken. In diesem Kontext erwähnt die Kommission auch den unkontrollierten Ausbruch der Masern bei den Yanomami im Norden Brasiliens bzw. im Süden Venezuelas.

Explizit erwähnt der Bericht das „Massaker von Caarapó“ bei den Guarani-Kaiowa in Dourados-Amambaieguá. Bei diesem wurde Clodiodi de Souza ermordet und sechs weitere Personen, darunter ein Kind von 12 Jahren, verletzt.

Beklagt wird außerdem der massenhaft auftretende Entzug von Kindern bei Indigenen Gemeinden. Wie Sra. Elida de Oliveira berichtete, wurde ihr neugeborenes Kind durch einen Gerichtsentscheid entzogen, weil sie zu arm sei, um für das Kind zu sorgen.

*Landarbeiter*innen, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen*

Wie die Kommission berichtet werden die Räumungen von Landbesetzungen mit exzessiver Gewalt durchgeführt und in den allermeisten Fällen findet keine Wiederansiedlung oder Entschädigung statt. Es wird berichtet, dass die Schulen und Gesundheitszentren in den Medien durch den Schmutz gezogen werden. So berichtete ein Lokalmedium davon, dass in den Schulen Guerilla-Kämpfer*innen ausgebildet und die Schüler*innen indoktriniert würden.

Abschließend äußert die Kommission ihre Besorgnis über den Versuch das Gesetz Nr. 13.260/16 dahingehend zu verändern, dass künftig soziale Bewegungen als terroristische Organisationen eingestuft werden könnten. Es wird befürchtet, dass in Zukunft Umweltschützer*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Landbesetzer*innen als Terroristen verfolgt werden könnten.

Zu aktuellen Ereignissen äußert sich die Kommission darüber hinausgehend kaum. Lediglich im Kapitel über Sklavenähnliche Arbeitsbedingungen wird die am 07. November angekündigte Abschaffung des Arbeitsministeriums angeprangert, weil dort bisher die Bekämpfung der Sklavenarbeit angesiedelt war.

Am Ende des Berichts werden dutzende Forderungen formuliert, von denen sich 18 mit unserer Zielgruppe beschäftigen. Gefordert wird die Einhaltung internationaler Übereinkünfte bezüglich der Menschenrechte, die Durchführung einer Agrarreform, um die ungleiche Landverteilung anzugehen, und die Ausweisung von Quilombos sowie indigener Gebiete. Des Weiteren sollten Programme von der Regierung aufgelegt werden, die die Gewalt auf dem Land reduzieren und die Straflosigkeit bekämpfen sollen.

Bedrohter Aktivismus

Drei Wochen nach der Wahl: 120 Akteure der deutsch-brasilianischen Solidaritätsbewegung haben sich vom 16. bis 18. November in Bonn getroffen. Unter dem neu gewählten Präsidenten Jair Bolsonaro befürchten sie Repressionen gegen die sozialen Bewegungen im Land.

Ab Amtsantritt von Jair Bolsonaro am 1. Januar 2019 könnte die Repression in Brasilien massiv zunehmen. Unter anderen könnte die brasilianische Landlosenbewegung (MST) als terroristische Vereinigung kriminalisiert werden. Soziale Bewegungen in Brasilien sind äußerst besorgt, in Zukunft entrechtet, gegängelt, ruiniert und verboten zu werden. Drei Wochen nach der Wahl des ultrarechten Jair Bolsonaro zum neuen brasilianischen Präsidenten hat die Kooperation Brasilien e.V., in Bonn ein intensives deutsch-brasilianisches Treffen zum erschütternden Rechtsruck nach der Wahl in Brasilien und zu Handlungsstrategien durchgeführt.



120 Teilnehmer*innen kamen zum „Runden Tisch Brasilien“, der eigentlich zum Thema Jugend geplant war. Getragen wird der Runde Tisch Brasilien von Medico International, terre des hommes Schweiz, FIAN International, der Heinrich-Böll-Stiftung, Mission Eine Welt, Kindermissionswerk die Sternsinger, Misereor, Caritas International, Brot für die Welt, HEKS Kindernothilfe, Missionszentrale der Franziskaner und Adveniat.

Aus Rio de Janeiro waren Jugend-Sozialarbeiterinnen geladen und eine Journalistin aus der Favela. Brasilianische Bildungsexpert*innen und Akteure sozialer Bewegungen haben mit Brasilienfreund*innen und Pfarrern detailliert zum Thema debattiert: „Was tun?“, so ihre Frage vor einem ungewissen, aber möglichen zukünftigen Repressions-Szenario in Brasilien.

Das Klima von Intoleranz, Aggressivität und zunehmender Bedrohung ist auf dem Podium und in Workshops analysiert worden: „Ich weiß nicht, ob ich in einem Jahr noch am Leben sein werde“, sagt Adriano Ferreira von der Bewegung der Landarbeiterinnen und Landarbeiter in Brasilien (MTC). Der Aktivist fürchtet, dass unter der Präsidentschaft von Jair Bolsonaro sein Leben in Gefahr geraten

könnte. „Wir haben bereits Anfragen von Brasilianer*innen zu politischem Asyl in Deutschland erhalten“, sagt Fabian Kern, Pressesprecher von KoBra. In der KoBra-Datenbank befinden sich aktuell über mehr als 500 neue Kontakte zu möglichen Helfer*innen im deutschsprachigen Raum.

Vom alternativen Journalismus-Kollektiv „Coletivo Papo Reto“ in Rio de Janeiro ist die Journalistin Lana de Souza auf dem Podium. Die schwarze Journalistin lebt in Rios größter Armensiedlung „Complexo do Alemão“, deren Bewohner – zur größten Überraschung der jungen Aktivistin - mehrheitlich für den ultrarechten Jair Bolsonaro gestimmt haben: „Einerseits manipuliert von Fake-News über Whatsapp, andererseits weil die intellektuellere Sprache der Arbeiterpartei ohne den Kommunikator Lula dort nicht so gut verstanden wird“, analysiert Lana de Souza.

Als Reaktion auf das mögliche Bedrohungsszenario im Land hat die Dachorganisation aller brasilianischen NGOs gerade beschlossen, sich ab sofort öfter zu treffen, berichtet Claudia Fix von MISEREOR. Die „Abong“ (abong.org.br) wolle verstärkt zur Basisarbeit vor Ort zurückzukehren. Der Verband, dem mehrere hundert brasilianische NGOs angehören, will eine Agenda setzen und nicht nur auf Bolsonaro reagieren.

Podiumsteilnehmerin Regina Leão von der katholischen Jugendpastorale (Pastoral do Menor) konfrontiert den „Runden Tisch“ mit der Zahl, dass in Rio de Janeiro im Durchschnitt jeden Tag 31 junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren ermordet würden. 70 Prozent hätten eine schwarze Hautfarbe. „Das ist ein Genozid an der Jugend“, hält sie fest. Ihr mache Sorge, dass die Regierung Bolsonaro die Gefängnisstrafe für jugendliche Straftäter von aktuell höchstens drei auf zehn Jahre erhöhen will.

Referentin Tatiane AndradeTatiane Elizeu Andrade, vom bekannten Favela-Projekt „Monte Azul“ in São Paulo, merkt an: „Jungen Leuten in Brasiliens Peripherie fehlt die kulturelle Praxis etwas hinterfragen oder aktiv im Internet zu suchen. Jugendliche schauen Videos, die automatisch vorgeschlagen werden.“ Über die Quelle dieser Filmchen würden sie nicht nachdenken. „Es ist wesentlich besser zu informieren, wie man Medien kritisch nutzt“, so ihre Forderung. Die menschliche und politische Strategie, die die Aktivistin aktuell vorschlägt: Sich keinesfalls von Nachbarn oder Familienangehörigen, die Bolsonaro gewählt haben, distanzieren. Stattdessen solle man im Gespräch bleiben und so vielleicht die andere Seite umprägen. „Selbst besser argumentieren lernen, mit Fakten und Zahlen.“

Thomas Fatheuer, KoBra-Vorstand, thematisiert ein mögliches Dilemma der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit. Als strategisches Partnerland Deutschlands, fänden die Verhandlungen mit Brasilien auf der hohen Ebene direkter Gespräche zwischen Präsidenten und Kanzlerin sowie auf Ministerebene statt. Während der Regierung Temer waren die Regierungskonsultationen zwischen Deutschland und Brasilien ausgesetzt worden. Die brasilianische Indigenenbehörde FUNAI sei jedoch nun ab 1. Januar 2019 dem Justizminister Sérgio Moro unterstellt. „Soll die Kooperation fortgeführt werden, um das Schlimmste zu verhindern oder müssen wir uns aus einer Regierung mit Bolsonaro und Moro raushalten? Wir können doch nicht so eine perverse Regierung mit unserem Geld unterstützen“, meint Fatheuer.

Die Forderung des KoBra-Vorstands: Die ersten 100 Tage der Regierung Bolsonaro müssen intensiv beobachtet werden. Die deutsche Regierung müsse sich auf jeden Fall dafür einsetzen, „dass Spielräume für die Aktivist*innen der Zivilgesellschaft und für die Solidarität mit Brasilien erhalten bleiben.“

Als Brasilianer, der in der Unterstützung von Sozialen Bewegungen engagiert ist, geht es Referent Adriano Martins vom MISEREOR-Partner CAIS um den konkreten Kampf um die Ressourcen: „Die neue Herausforderung heißt Nachhaltigkeit in der Finanzierung unserer sozialen Bewegungen. Wir brauchen mehr Geld und mehr Aktivismus, um die Menschenrechte in Brasilien verteidigen zu können.“

Norbert Bolte vom katholischen Hilfswerk Adveniat in Essen teilt die Sorge über eine mögliche Gefährdung der Partnerorganisationen in Brasilien, „die in sensiblen Punkten tätig sind“. Er spricht aus, was viele fühlen: „Es hat mich berührt, dass Adriano von der Landarbeiterbewegung gesagt hat, dass er heute nicht weiß, ob er in einem Jahr noch lebt.“